

(*phuak*) gewesen. Thaksin hätte ein auf Persönlichkeiten beruhendes polit-ökonomisches Netzwerk aus Familie, Unternehmern, der Thai Rak Thai Partei, dem Militär und den Medien geschaffen. In Thailand gebe es im Jahr 2004 fast keine gesellschaftliche Sphäre, die nicht von diesen Netzwerken dominiert sei. Dadurch seien die alten Seilschaften, die noch auf Premierminister Prem (1980-1988) zurückgehen, ersetzt worden.

Die Autoren konzentrieren sich auf fünf Untersuchungsebenen, um die Schaffung der persönlichen Bindungen nachzuweisen. Diese Beziehungen verlaufen parallel zu den Lebensabschnitten Thaksins: Telekommunikationssektor (ökonomischer Aufstieg), Thai Rak Thai Partei (politischer Aufstieg, Machterwerb), Repolitisierung des Militärs (Machterhalt) und die Schaffung anderer Netzwerke. Insbesondere das Kapitel über die Repolitisierung des thailändischen Militärs, das Ende der 1990er-Jahre als neutralisiert galt, ist lesenswert. Das Buch schließt mit verschiedenen Szenarien über die Zukunft Thailands. Demnach ist die politische Zukunft weiterhin offen: Thailand könnte sich lange Zeit stabil und wirtschaftlich prosperierend entwickeln, auch Thaksin könnte sich sehr lange Zeit an der Macht halten. Möglich wäre aber auch, dass die Wirtschaftspolitik Thaksins fehlschlägt, die politischen und ökonomischen Netzwerke zerbrechen und Oppositionskräfte an Stärke gewinnen. Insgesamt bietet das Buch eine hervorragende Analyse der thailändischen Entwicklung unter Thaksin, es ist für Interessierte an der Politik Thailands eine Pflichtlektüre.

Sowohl das von Pasuk/Baker geschriebene Buch als auch das Werk von McCargo/Pathmanand bieten eine gelungene Einführung in die neue Politik Thailands. Sie ergänzen sich hervorragend und sind somit eine wichtige Lektüre, um die Entwicklungen in Thailand nach der Asienkrise verstehen zu können.

Marco Bunte

Flemming Christiansen, Ulf Hetedoft (Hrsg.): The Politics of Multiple Belonging. Ethnicity and Nationalism in Europe and East Asia

Aldershot: Ashgate, 2004, 292 S., 40 GB£

Die Herausgeber stellen in ihrem einleitenden Kapitel Kategorien wie Ethnizität und Nationalismus zur Kennzeichnung der Zugehörigkeit von Menschen oder Gruppen zu einem Staat, einer Gemeinschaft, einem Territorium oder einer Nation grundsätzlich in Frage. Sie gehen dabei von der spannenden These aus, dass "Zugehörigkeit" (*belonging*) und seine politischen Formen und Manifestationen vielschichtig und mehrdeutig sind. Sie stützen sich hierbei auf die Argumentation von Castles/Davidson, dass Globalisierung und Massenmigration das Ende "national belongings" eingeleitet hätten. Ohnehin habe sich die Zugehörigkeit immer mehr ausdifferenziert, besäßen Menschen ganz unterschiedliche Identitäten.

Dies entspricht dem Konzept multipler Identitäten, dass es keine uniformen, singulären Identitäten gibt, sondern verschiedenartige. Allerdings sind solche Identitäten an unterschiedliche Loyalitäts- und Wärmekreise gebunden, sodass im Bewusstsein eine Hierarchie von Identitäten besteht, ein Punkt, auf den die Autoren nicht direkt hinweisen. Gleichwohl versuchen sie mit ihrer These, die Sackgasse der Begriffe Nationalität/Ethnizität als singuläre Form aufzubrechen und differenziertere Wege zu beschreiben.

Der Band beleuchtet diese These komparativ am Beispiel "grenzüberschreitender" Formen von *belonging*, wobei "grenzüberschreitend" im Sinne von Karl Barth sich nicht nur auf transnationale, sondern auf alle Formen übergreifender Zugehörigkeiten bezieht. Dabei interessiert sie auch die Frage, ob es unterschiedliche Formen von *belonging* in Ostasien und Europa gibt oder ob sich ähnliche oder sogar universelle Strukturen und Prozesse herausfiltern lassen, die die o.g. Globalisierungsthese zu stützen vermögen.

Gleichwohl sind sich die Herausgeber der Tatsache bewusst, dass es über alle Gemeinsamkeiten hinweg in beiden Regionen Unterschiede im Hinblick auf die politische Konstruktion von Zugehörigkeit gibt. Globalisierung homogenisiert zwar, die Reaktionen auf solche Prozesse führen allerdings zu unterschiedlichen Entwicklungen. Einerseits führen Migrationsströme zu "citizen who does not belong", andererseits bemühen Gruppen und Staaten sich um die Konstruktion neuer Formen von *belonging*.

Die Herausgeber führen die verschiedenen Beiträge in dem Sammelband unter der Frage zusammen, ob man wirklich (schon) von Bürgern sprechen kann "who do not belong" oder eher von Menschen, die selbst wählen, wozu oder wohin sie gehören wollen. In vier Unterabschnitten (Trends; Migrants and Belonging; Belonging and Statehood; Multicultural Belonging) gehen 14 Autoren anhand unterschiedlicher Fallstudien diesen Fragen nach.

In zwei allgemeinen Beiträgen untersucht zunächst Hetedoft die Frage, ob *belonging* und Migration tatsächlich einen Widerspruch bilden, wobei er vier zentrale Kriterien benennt, um den Grad und die Rahmenbedingungen von *belonging* zu verifizieren: *sources, feelings, ascriptions and construction of belonging*. Zwar verbreitert sich seiner Meinung nach der Begriff von *belonging* durch Globalisierungsprozesse, weil Identitäten facettenreicher werden, bisher stellt Globalisierung oder globale Identität aber noch keinen Ersatz für nationale Wurzeln und "Heimat" dar ("the globe is not our home").

Gerard Delanty setzt sich mit der Frage von Multikulturalismus auseinander. Er begreift "Multikulturalismus", vor allem in Europa, eher als ein "model of management" denn als Versuch genuiner Integration. Toleranz, nicht gleichberechtigte Mitwirkung in der Gesellschaft sei die vorherrschende Haltung: Ethnische Gruppen werden akzeptiert, sollen sich aber der dominanten Gesellschaft anpassen. Soziale Gleichheit werde dadurch in

den Hintergrund gedrängt. Gleichwohl zeigt Delanty, dass es in Europa unterschiedliche Konzepte von "diversity" gibt, die von der Toleranz des anderen bis hin zu rassistischen Vorstellungen reichen, wobei Diversität häufig als Trennlinie begriffen wird, die jeglicher Möglichkeit zur "unity" entgegenwirkt. Die Idee des westlichen Kulturalismus sei auf der Grundlage wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Stabilität entstanden. Mit wachsender ökonomischer Unsicherheit sei es den Wohlfahrtsstaaten nicht mehr möglich, alle sozialen Probleme zu absorbieren. Die Idee des Multikulturalismus werde dadurch unterminiert. In dieser *post-ethnicity*-Ära bilde nicht mehr die kulturelle oder politische Sphäre die gemeinsame Basis, sondern das soziale Moment.

An zahlreichen Fallbeispielen wie Migrantenminoritäten in Europa (V. Guiraudon), türkischem Transnationalismus (R. Kastoryano), chinesischer Identität in Italien (L. Tomba), Heiratsvorstellungen europäischer Überseechinesen (X. Liang), Sprachzugehörigkeit in Osteuropa (R. Taras), Erbe und Identität in postkommunistischer Zeit am Beispiel dreier Städte (J. Czaplicka), der offiziellen Sprache der Nation in China (F. Christiansen), Politik ethnischer Identität in Südwestchina (X. Guo), multipler Identitäten in Belgien (G. van den Abbeele), Identitätskonstruktion in Japan (A.S. Hansen), pan-ethnischer Bewegung in Taiwan (M. Rudolph) oder Identitäten in Singapur (B. Brogger) zeichnet der Band ein interessantes, facettenreiches und differenziertes Bild von *national belonging* in Europa und Asien.

Das Buch ist spannend zu lesen und gibt viele Anregungen für weiter gehende theoretische Forschung, aber auch für weitere Fallbeispiele. Von daher ist der Band all denen zu empfehlen, die sich mit Fragen nationaler und ethnischer Identität auseinandersetzen wollen.

Allerdings vermisst der Leser ein abschließendes Kapitel, das die Ergebnisse der Fallstudien, die Ausgangsfragen und -hypothesen sowie die Theorieansätze der Eingangs-

kapitel hätte zusammenführen können. Der Mehrwert des Bandes wäre dadurch beträchtlich gesteigert worden. So aber bleibt der Leser mit seinen Fragen, die sich aus der Vielfalt der Fallbeispiele ergeben, alleine. Dies umfasst auch eine (fehlende) zusammenfassende Bewertung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Europa und Ostasien.

Thomas Heberer

Cornelia Akatsu-Kriesel: Frauen und Entwicklung: Frauenförderung in der Entwicklungspolitik Japans 1975-2000

Leipzig-Weissenfels: Verlag Ille & Riemer GbR, 2004, XII, 202 S., 30 €

Ende der 1980er-Jahre avancierte Japan zum wichtigsten Geber staatlicher Entwicklungshilfe. Das enorme quantitative Ausmaß japanischer Entwicklungshilfe bedeutet ein großes Maß an internationaler Verantwortung. Trotz der sich seit den 1970er-Jahren abzeichnenden internationalen Tendenz, Frauenförderung im Entwicklungsprozess in die Diskussion einzubeziehen, vermied es die japanische Regierung bis 1988, Frauenförderung in den Maßnahmenkatalog ihrer Entwicklungspolitik aufzunehmen. Die Frauenförderung tauchte erstmalig 1989 im ODA-Weißbuch der japanischen Regierung auf. Erst in den Jahren zwischen 1994 und 1998 nahm die Diskussion über Frauenförderung in der japanischen Entwicklungspolitik einen prominenteren Stellenwert ein.

In der auf Grundlage ihrer Dissertation entstandenen Publikation verfolgt Cornelia Akatsu-Kriesel das Ziel, die Begründungszusammenhänge für die späte Berücksichtigung der Frauenförderung in der Entwicklungspolitik Japans herauszuarbeiten und zu analysieren. Der zeitliche Rahmen der Arbeit liegt in den Jahren zwischen 1970 und 2000.

Die methodische Vorgehensweise der Untersuchung beruht auf offenen Interviews mit

Experten und Expertinnen in Japan sowie auf Inhaltsanalysen von sowohl westlichsprachigen als auch japanischen schriftlichen Materialien und Sekundäranalysen von vorhandenen Datenmaterialien.

Das Buch gliedert sich in fünf Kapitel. Nach einer kurzen Einleitung steckt Kapitel 2 den theoretisch-analytischen Rahmen ab und ermittelt Faktoren und Umstände, die eine Beachtung von Geschlechterdifferenzen in der Entwicklungspolitik fördern bzw. verhindern können. In Anlehnung an die vergleichende Studie von Nüket Kardam *Bringing Women in: Women's Issues in International Development Programs* werden für den japanischen Fall verschiedene Aspekte und Elemente herausgearbeitet, die eine Frauenförderung in der japanischen ODA (Official Development Assistance) unterstützen könnten – so beispielsweise die Frauenbewegung. Basierend auf eigenen Beobachtungen der japanischen Gesellschaft und Politik ergänzt die Autorin weitere Einflussfaktoren, denen Beachtung gebührt, so etwa die der japanischen Gesellschaft zugrunde liegende Geschlechterordnung. Des Weiteren bietet das Kapitel einen kurz gestalteten Überblick zum Stand der Frauen- und Geschlechterforschung im Bereich der Berücksichtigung von Frauenförderansätzen in der Entwicklungspolitik sowie konkret zur Frauenfrage in der japanischen Entwicklungspolitik.

Kapitel 3 präsentiert ein relativ ausführliches Basisprofil der japanischen ODA, um die Voraussetzungen aufzuzeigen, denen das Einbringen von Frauenförderung in die japanische Entwicklungspolitik unterlag. Im daran anschließenden Kapitel werden, ausgehend von den Erkenntnissen aus den vorangegangenen Kapiteln, die ausgewählten Einflussfaktoren auf die Frauenfrage in der japanischen Entwicklungspolitik angewandt. Akatsu-Kriesel kommt in ihrer Analyse unter anderem zu dem Ergebnis, dass die Ursachen für die vergleichsweise späte Beachtung der Frauenförderung in der japanischen ODA vornehmlich auf zwei Rahmenbedingungen beruhen: auf der primär